

Bauprojekt in Mengen: Anwohner sorgen sich um Baumfällungen

Das Bauvorhaben im Gottfried-Graf-Weg in Mengen sorgt für Diskussionen über Baumbestand und Umweltverträglichkeit.

In dem Wohngebiet zwischen Friedhof und Missionsberg in Mengen gibt es derzeit viel Gesprächsstoff über ein umstrittenes Bauvorhaben im Gottfried-Graf-Weg. Anwohner zeigen sich besorgt über den drohenden Verlust des stattlichen Baumbestands, der für viele von ihnen nicht nur schön ist, sondern auch eine wertvolle ökologische Funktion erfüllt. Die Pläne sehen den Bau von zwei Mehrfamilienhäusern mit insgesamt neun Wohnungen vor, was die Anwohner auf die Barrikaden treibt. Auch wenn die Stadtverwaltung gegenüber der „Schwäbischen Zeitung“ Entwarnung gegeben hat, bleiben viele Fragen offen.

Die Stimmung im Quartier ist angespannt. Die Anwohner fühlen sich übergangen und haben das Gefühl, dass ihre Bedenken nicht ernst genommen werden. Obwohl sie anfangs ihre Meinung zu dem Projekt kundgetan haben, wurde es vor rund zwei Jahren im Ausschuss für Umwelt und Technik genehmigt. Diese Entscheidung sorgte bei vielen Verbündeten für Enttäuschung. „Wir wollten eine signifikante Stimme im Entscheidungsprozess sein, aber das Gefühl, nicht gehört zu werden, ist frustrierend“, sagt ein besorgter Anwohner.

Bäume als Herausforderung

Ein zentrales Anliegen der Bewohner ist der alte Baumbestand,

der gefährdet sein könnte. Besondere Sorgen bereiten drei große Eschen, eine Eiche sowie weitere Bäume und Sträucher, welche für die Biodiversität in dieser Region von großer Bedeutung sind. „Diese Pflanzen sind nicht nur hübsch, sondern auch wichtig für unser Ökosystem. Im Zeitalter des Klimawandels ist ihr Erhalt entscheidend“, erklärt ein weiterer Anwohner. Die Stadtverwaltung hat in diesem Zusammenhang betont, dass die Überwachung des Baumbestands jährlich durchgeführt werde. Doch die Sorgen bleiben bestehen.

Ein weiterer schwerwiegender Punkt in der Diskussion ist die Tatsache, dass das Bauvorhaben im Landschaftsschutzgebiet liegt. Während die Stadt eine Ausnahmegenehmigung erteilt hat, sind viele Anwohner skeptisch, ob dies tatsächlich rechtlich und ökologisch vertretbar ist. „Da wird viel für den Bauherrn getan, aber was ist mit uns?“, fragt ein Anwohner, der in der Nachbarschaft lebt. Ein politisches Gremium, das für solche Projekte zuständig ist, hat diese Sorgen ignoriert, was die Bürger noch frustrierter macht.

Die kurze Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik, die nur zwölf Minuten dauerte, in der mehrere Bauprojekte besprochen wurden, hinterließ bei den Anwohnern einen bitteren Nachgeschmack. Die Bedenken wurden dort nicht thematisiert, stattdessen konzentrierte man sich auf die Parkplatzsituation, was vielen als Hohn vorkam. Für die Anwohner ist es daher klar: Ihre Wahrheit wird nicht gehört.

Kritik und Skepsis

Die Anwohner sind über die Vorgehensweise der Stadtverwaltung unzufrieden und haben das Gefühl, dass die Entscheidungsträger mehr auf die Interessen des Bauträgers als auf die der Bürger hören. Immer wieder führt dies zu angeregten Diskussionen unter den Nachbarn. „Es wird hier nur geplant, ohne die Stimmen der Menschen zu berücksichtigen, die hier wohnen und leben“, klagt ein weiterer Bewohner des Gebietes. Das Gefühl, dass die Verantwortlichen nicht optimal

kommunizieren, verstärkt den Frust der Anwohner.

Das Regierungspräsidium hat die Pläne anfänglich kritisch hinterfragt, nachdem sieben Widersprüche von Nachbarn ausgelöst wurden. Diese Bedenken wurden akribisch bearbeitet, und es stellte sich heraus, dass die Vorschriften nicht verletzt wurden, was für viele Nachbarn unverständlich bleibt. „Wenn die rechtlichen Hürden so einfach zu nehmen sind, wie werden dann die Umwelt und unsere Lebensqualität sich in der Praxis verändern?“, lautet eine oft gehörte Frage in der Nachbarschaft.

Auf die Frage, ob die Bäume einen signifikanten Schutz genießen würden, betonte ein Sprecher des Landratsamtes, dass keine bunten Strukturen oder geschützte Arten vor Ort festgestellt werden konnten. Anwohner investieren viel Zeit in die Recherche und die Kommunikation mit offiziellen Stellen, um zu klären, wie es um den Baumbestand steht, ohne die gewünschten Antworten zu erhalten. „Wir setzen uns für unsere Umwelt ein, aber es fühlt sich an, als ob wir gegen Windmühlen kämpfen“, sagt ein Anwohner frustriert.

Die Stadtverwaltung hat jedoch schnell Entwarnung gegeben, dass die Bäume auf städtischem Grund nicht gefällt werden. „Wir haben in dieser Angelegenheit klare Richtlinien, die wir einhalten“, schrieb die Pressesprecherin. Zudem kann der Bauherr bei Rechtsverstößen mit Bußgeldern und Anordnungen für Neupflanzungen rechnen. Die Beruhigung dieser Bedenken trifft jedoch auf Skepsis bei den Betroffenen, da unklare Abläufe und die Angst um ihre Umgebung bestehen bleiben.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de